

Luzerner Tagblatt

Palais Schaumburg einmal anders
Neue Reisebeschränkungen in der CSSR
Monica Bachmann siegte in Lissabon

2
LM
LM



Knaben werden zu Terroristen

Für die israelische Sicherheit ebenso wichtig wie die Vergeltungsschläge gegen Ägypten ist der Kampf gegen die palästinensischen Terroristen, die vor allem in den besetzten Gebieten von Cisjordanien und im Gazastreifen ihre Sabotageakte ins Werk setzen. Bei einer Großaktion wurden dieser Tage im Gazastreifen gleich mehrere Dutzend Partisanen verhaftet. Unser Bild: An russischen Waffen ausgebildet, werden diese 15jährigen Palästinenser auf den Guerillakrieg gegen Israel vorbereitet.

Keystone

Quo vadis — Bonn?

Nach 20jähriger Regierungszeit der CDU/CSU haben jetzt die Sozialdemokraten und die Freien Demokraten den Machtwechsel am Rhein eingeleitet. Zwischen diesen beiden Parteien der neuen Links-Mini-Koalition bestehen zwar erhebliche gesellschaftspolitische Unterschiede. Auch in der Ostpolitik herrschen verschiedene Auffassungen, doch hat die Furcht beider Parteiführungsspitzen vor einem Zerbröckeln der überaus schmalen Basis zum raschen Handeln gezwungen. Die Frage der Arbeitermitbestimmung in den Betrieben, welche die SPD noch vor rund zwei Wochen als großen Wahlschlager benutzte, und für die sie dem Bundestag schon Gesetzesentwürfe vorgelegt hat, ist jetzt zugunsten des Bündnisses mit der FDP geopfert worden. Ob die Gewerkschaften auf diese ihre Forderungen allerdings verzichten werden, ist eine andere Frage. Wahrscheinlich erfolgte die Absprache zwischen SPD und FDP schon vor der Wahl, der Zug der Koalition stand jedenfalls in der Wahlnacht bereits unter Dampf und fuhr ab, sobald das Dutzend Stimmenmehrheit feststand. Die CDU/CSU blieb auf dem leeren Bahnsteig der Politik zurück.

Wohl gab es auch Kontakte zwischen CDU und FDP, und schon früh erfolgte ein Angebot an die FDP für ein gemeinsames politisches Programm, das über die beginnende Legislaturperiode hinausgeht und der FDP eine Zusammenarbeit im Bund und auch in den Ländern verspricht — wobei Kiesinger sogar auf das Mehrheitswahlrecht verzichtete, das ganz wesentlich zum Programm seiner Partei gehört.

Verhärtete Fronten

Kennzeichnend für die verhärteten Fronten sind die Gerüchte, daß die CDU angeblich nun einzelne FDP-Politiker mit großzügigen Geldangeboten zum Übertritt zu bewegen suche und die CSU in Bayern sogar die dortige 10-Prozent-Klausel der Verfassung herabsetzen wolle, nur um die FDP dann weiterhin in den Landtag kommen zu lassen. Natürlich wurden diese Verdachtsmomente dementiert, nicht widerufen wurde dagegen ein Angebot der SPD in Nordrhein-Westfalen an die FDP, sie könne mit ihren bisherigen zwei Ministern auch dann in der Landesregierung verbleiben, wenn die SPD bei kommenden Landtagswahlen die absolute Mehrheit erringen sollte.

Die FDP machte es sich bei all diesem Werben gewiß nicht sehr leicht; sieben Stunden brauchte sie zur Entscheidung. Der bayerische FDP-Abgeordnete Ertl, der in der Wahlnacht den «Kopf» des FDP-Vorsitzenden verlangt hat, scheint mit dem Posten des neuen Bundeslandwirtschaftsministers zum Schweigen gebracht worden zu sein.

Macht und Ohnmacht der Freien Demokraten

Es bleibt das ungute Gefühl zurück, daß die FDP, die sich durch ihre verfehlte Linkspolitik selber an den Rand ihrer politischen Existenz manövriert hat (und heute mit nur 5,8 Prozent der Stimmen noch 1,9 Millionen Wähler

präsentiert), nun noch eine Prämie in Form einer überdimensionierten Regierungsbeteiligung erhält und bestimmen kann, wer als Bundeskanzler die nächste Regierung am Rhein führen soll. Noch ein Verlust der Partei von 0,9 Prozent, und sie wird nicht mehr im Bundestag sein. Die bisherigen konservativ-liberalen Wähler werden ihr bei den nächsten Wahlen kaum noch die Stimmen geben, und mit einem Wunsch nach einem «Machtwechsel» wird mancher Wähler künftig den Weg zur SPD oder jetzt auch zur CDU/CSU nehmen.

Die neue Links-Koalition bringt für die FDP keine Chance eines Wiederaufstiegs. Bis zur Wahl des neuen Bundeskanzlers am 20./21. Oktober werden in der Partei vielleicht — wenn auch die Aussichten dazu nur minimal erscheinen — einige «Überlegungen» stattfinden, die naturgemäß von der CDU/CSU sehr gefördert werden. Schon sechs Nein-Stimmen oder auch Enthaltungen — und genau so groß ist gegenwärtig (noch oder schon?) die Opposition in der FDP — würden bei der geheimen Abstimmung dem Kanzler-Anwärter Brandt die Niederlage bringen.

Die Stimmung in der CDU/CSU

Schwankt zwischen leidenschaftlicher Entschlossenheit, den Kampf um die Regierungsbildung weiterzuführen, und der Auffassung, jetzt die ungewohnte Oppositionsrolle übernehmen zu müssen, wobei Kiesinger bereits angekündigte man werde dabei alle Möglichkeiten ausschöpfen. Ohne Zweifel ist die SPD/FDP zu schwach, große verfassungsändernde Reformen gegen den Willen der CDU/CSU zu vollziehen; aber auch in den 23 Ausschüssen des Bundestags hat diese immer noch in fünf die Mehrheit, und gerade hier wird

der größte Teil der Gesetzesarbeit vollzogen.

Im Bundesrat, der Vertretung der einzelnen Bundesländer, verfügt die CDU/CSU über eine Stimme Mehrheit; allerdings stimmten die Vertreter hier bisher mehr nach eigenen Länderinteressen als nach parteipolitischen Gesichtspunkten ab. Dieses Stimmverhältnis könnte sich nur durch Neuwahlen ändern, und in mehreren Ländern stehen Landtagswahlen vor der Tür. In Ländern, wo die CDU bisher schon in Opposition stand, konnte sie nicht große Erfolge buchen. Augenscheinlich ist sie schon so sehr an die Macht gewöhnt, daß ihr die Oppositionsrolle schwer fällt. In Nordrhein-Westfalen etwa verlor sie jetzt auch die Bundestagswahlen, selbst das katholische Gebiet um Köln sowie das Essener Millionärsviertel wählten diesmal sozialdemokratisch. Die CDU/CSU werden viel lernen müssen, sie müssen der jungen Generation in Deutschland Antworten in der Bildungspolitik geben können, Sie müssen der SPD ein eigenes Sozialprogramm entgegenstellen, und sie werden mehr denn je ihre Deutschland- und Ostpolitik verständlicher machen müssen.

Gerade auf diesem Gebiet nämlich werden SPD/FDP ihre ersten Maßnahmen treffen. Man darf sicher sein, daß die neue Regierung — trotz aller jetzt noch vagen Formulierungen — die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie und sogar der DDR vollziehen wird. Die damit verbundene Hoffnung, den Menschen jenseits der Zonengrenze irgendwelche Freiheiten bringen zu können und einen echten Frieden in Mitteleuropa zu erhalten, wird allerdings Illusion bleiben. Es besteht eher die Gefahr des Abgleitens und damit einer allmählichen Verschiebung des Gleichgewichts in Mitteleuropa, die auch im Ausland zur Sorge Anlaß gibt.

F. W. Schlomann (Bonn)

Der Moschee-Brandstifter vor Gericht

Michael Rohan war wiederholt aus der Moschee weggejagt worden

Jerusalem, 8. Okt. (R./UPI) Vor Gericht in Jerusalem bezeichnete der Amerikaner Jones seinen angeklagten Freund Michael Rohan als einsamen Menschen, der eine unglückliche Jugend verlebte habe. Als er die «Al-Aksa»-Moschee anzündete, sei er von «teuflischen Mächten» besessen gewesen. Jones hatte den Angeklagten in einem Kibbuz kennen gelernt. Dort habe er erfahren, daß Rohan immer allein gewesen sei und daß er befürchtet habe, die Gesellschaft stoße ihn zurück. Nach der Brandstiftung habe Rohan ihm erklärt, göttliche Zeichen hätten ihn veranlaßt, diese Tat zu begehen. Als ein arabischer Fremdenführer den Angeklagten vor Gericht als «Einfaltspinsel» bezeichnete, reagierte Rohan mit lautem Lachen.

Mehrfach haben Diener der «El-Aksa»-Moschee in Jerusalem den jungen Australier Michael Rohan aus dem islamischen Heiligtum geworfen, weil er sich dort unerlaubterweise hinsetzte oder hinglegte. Das erklärte der Kirchendiener Dahoud Kazaz am vierten Tag des Brandstifterprozesses vor Ge-

richt. Rohan, der die Brandstiftung am 21. August in «geistiger Umnachtung» begangen haben will, soll nach Angaben von Kazaz oft stundenlang in der Moschee gewesen sein. Dabei habe er sich auch hingesetzt und einmal sogar hingelegt und «wahrscheinlich geschlafen», erklärte der Moslem. Deshalb habe man Rohan mehrfach aus der Moschee weggejagt.

Humanitäre Aktion des IKRK am Suezkanal

ag. Unter der Leitung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz ist in Al Kantara am Suezkanal eine wichtige humanitäre Aktion durchgeführt worden. Es handelte sich um die 35. Zusammenkunft von Familien, deren Mitglieder im Sechstageskrieg von 1967 getrennt worden sind. — Die Delegierten des IKRK haben die Heimkehr von 131 Palästinensern nach der Sinai-Halbinsel und dem Gaza-Streifen organisiert. Die Palästinenser haben sich seit 1967 in Ägypten befunden. Eine Gruppe von 89 Ägyptern aus El Arisch, die

Chinas Forderungen an Rußland

Ruf nach Gesamtlösung der Grenzprobleme

Hongkong, 9. Okt. (UPI) China hat der Sowjetunion eine Erörterung des Grenzproblems vorgeschlagen. Gespräche, deren Beginn für den 20. Oktober in Peking erwartet wird, sollen mit einer beiderseitigen Waffenruhe verknüpft sein.

In einem Fünf-Punkte-Vorschlag erklärt Peking, die Gespräche sollten sich auf die im 19. Jahrhundert abgeschlossenen «ungleichen» Grenzverträge gründen und zu einer «Gesamtlösung» der Grenzfrage führen. «Berichtigungen» der Grenzgebiete müßten «im Interesse der örtlichen Bewohner» vorgenommen werden. Bis zur Ersetzung der alten Verträge durch eine neue Gesamtlösung durch Verhandlungen müsse der Status quo beibehalten werden. Bewaffnete Konflikte müßten verhindert und die Streitkräfte beider Seiten auseinandergedrückt werden.

Der Betonung des Strebens nach «fairer und vernünftiger Lösung» durch China stand in der Erklärung des Pekinger Außenministeriums die Beschuldigung gegenüber, Moskau entsende demonstrativ Truppen in die Mongolei und in die Tschechoslowakei. Außerdem zeige die Sowjetunion in Osteuropa, im Mittelmeer, im Indischen und Pazifischen Ozean ihre militärische Stärke.

Einst hätten die russischen Zaren mit den Westmächten zusammengearbeitet, um chinesisches Territorium zu erobern. Heute habe die Sowjetunion die Vereinigten Staaten, Indien und Japan gewählt, um ihre «expansionistische und aggressive» Politik zu verwirklichen.

So werde auf Anleitung der Sowjetunion in den USA und Japan erklärt, Formosa sei nicht chinesisch, die indischen «Reaktionäre» sagten, Tibet gehöre nicht zu China, Moskau selber erkläre, daß das Land nördlich der chinesischen Mauer nicht chinesisch sei.

Sowjetmethoden gegen politische Häftlinge

New York, 9. Okt. ag. (R) Drei ukrainische politische Gefangene, die sich in einem sowjetischen Zwangsarbeitslager befinden, beschuldigten in einer Petition sowjetische Behörden, ihnen vergiftete Speise verabreicht zu haben. Sie appellierten an die Uno, ihre Menschenrechte zu schützen.

Bei den drei Ukrainern handelt es sich um zwei Juristen und einen Psychologen. Sie gehören zu einer Gruppe von sieben Ukrainern im Alter von 32 bis 44 Jahren, welche 1961 verhaftet und im Geheimverfahren abgeurteilt worden sind. Sie waren angeklagt worden, eine Untergrundorganisation gründen zu wollen, welche die Trennung der Ukraine von der Sowjetunion bezweckte.

Die drei Männer mit Namen Mychajlo Horyn, Iwan Kandyha und Lev Lukyanenko schreiben, die sowjetische Geheimpolizei versuche, sie von Intellektuellen auf biologischem Wege in Primitive umzubilden, nachdem es ihr nicht gelungen sei, sie moralisch zu brechen.

Die «Amnesty Internationals», welche die Interessen der politischen Gefangenen vertritt, hat eine Kopie des Gesuches der drei Strafgefangenen der Uno zur Verfügung gestellt.



Kampf gegen nordirische Unruhestifter

Nordirland kommt nicht zur Ruhe. Ständig ereignen sich dort neue Zwischenfälle zwischen Protestanten und Katholiken. Mehrere Einheiten der nach Ulster entsandten britischen Soldaten, speziell trainiert und ausgerüstet, haben die Aufgabe, mit großer Härte gegen Aufwiegler und Brandstifter vorzugehen. In den letzten Tagen, als von Demonstranten erneut Molotow-Cocktails geworfen wurden, ist die «Heavy Squad» genannte Truppe, wie sie unser Bild zeigt, erstmals in Aktion getreten.

ASL